

Eine Zukunftsagenda für die Vielen



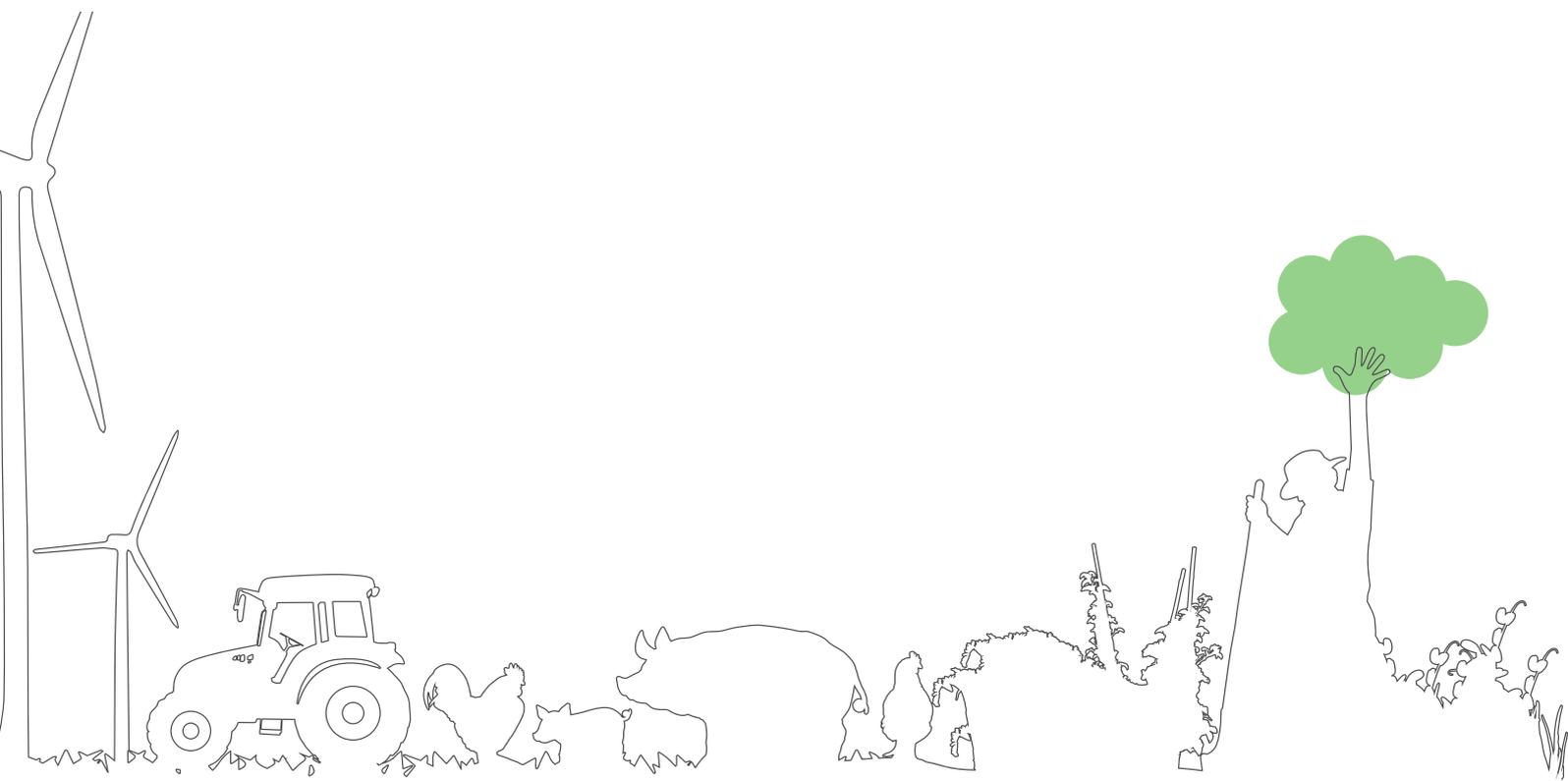
Eine Zukunftsagenda für die Vielen! Neun Schritte zu einer ökologischen und sozial gerechten Gesellschaft

In diesem Forderungspapier von BUND und Paritätischem Gesamtverband **vereinen wir soziale und ökologische Maßnahmen in einer neuen Qualität.** Gemeinsam machen wir deutlich, dass der ökologische Umbau der Gesellschaft und die soziale Gerechtigkeit zusammengehören. Wir machen uns mit unseren jeweiligen Kompetenzen auf, um gemeinsam für einen **echten gesellschaftlichen Umbau zu** streiten. Für eine ökologische und gerechte Gesellschaft für alle Menschen.

Wir fordern alle Kandidat*innen im Bundestagswahlkampf 2021 und die neue Bundesregierung dazu auf, sich für eine ökologische und gerechte Gesellschaft für alle Menschen einzusetzen und dafür folgende Schritte einzuleiten:

1. Die naturverträgliche Energierevolution.
2. Eine nachhaltige Mobilität für alle.
3. Eine soziale und ökologische Agrar- und Ernährungswende.
4. Soziale Sicherheit für die Transformation.
5. Einen starken Naturschutz.
6. Weniger Ressourcenverbrauch und eine gerechtere Gesellschaft.
7. Wohnen und Boden in Gemeinschaftshand.
8. Eine gute Pflege und Gesundheitsversorgung für alle.
9. Internationale Solidarität und die Einhaltung von Menschenrechten.





1. Wir fordern eine naturverträgliche Energie-revolution!

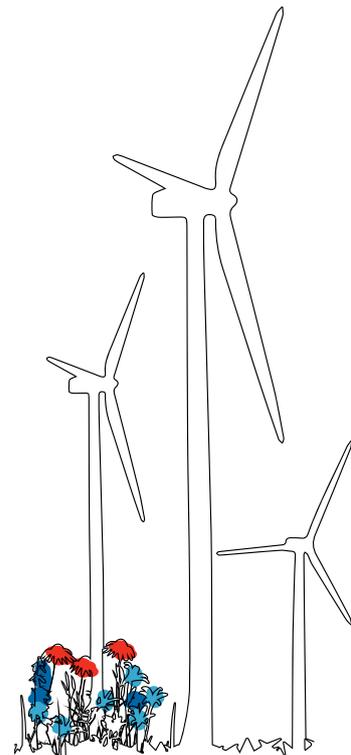
Wir müssen aus der Infrastruktur für Kohle, Öl und Gas aussteigen und einen sicheren Umgang mit den Hinterlassenschaften der Atomenergie finden. Bis 2035 muss der Strom in Deutschland zu 100 % erneuerbar sein. Alle Bürger*innen müssen die Möglichkeit haben, im Einklang mit der Natur selbst Strom zu erzeugen.

Um die Klimakrise abzuwenden, müssen wir aus der fossilen Infrastruktur aussteigen. Strom aus Atomkraft ist keine Alternative. Stattdessen braucht es einen sicheren Umgang mit den radioaktiven Nachwirkungen des Atomzeitalters. Unser Ziel ist es, die Stromproduktion innerhalb kürzester Zeit auf 100 % Erneuerbare Energie auszurichten. Die Politik darf nicht weiter auf Unternehmen aus dem letzten Jahrtausend setzen, vielmehr braucht es ein Wikipedia der Energieproduktion: Ein gemeinsam getragenes Projekt, das allen dient und zu dem jede*r beitragen kann. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien muss in die Hand von Bürger*innen, Kommunen, Stadtwerken und Genossenschaften gelegt werden. So wird aus der Energiewende ein Gemeinschaftsprojekt, bei denen viele Menschen mitgestalten und finanziell profitieren: sowohl durch den direkten Strombezug als auch finanziell durch Windenergie im Ort oder Solarstrom im Haus. Unser Ziel ist es explizit, dass Menschen die aktuell noch nicht an diesem Gemeinschaftsprojekt mitwirken können, Teil dieser Bürger*innen-Energiebewegung werden können. Neben dem naturverträglichen Ausbau der Windenergie müssen wir daher endlich auch die Sonnenenergie umfänglich nutzen. So schützen wir nicht nur das Klima, sondern leisten auch einen wichtigen Beitrag zu wirtschaftlich stabilen Kommunen und schaffen Arbeitsplätze.

Wir fordern konkret:

- **Bürger*innenenergie naturverträglich ermöglichen – dezentral und für alle:** Ausschreibungen müssen aufgehoben werden, mindestens für Projekte unter 18 Megawatt (MW) bei der Windenergie sowie für Photovoltaik-Projekte unter einem MW. Erzeuger-/Verbraucher*innen-Gemeinschaften müssen ermöglicht werden. Dazu braucht es ein Recht für den Kauf und Verkauf von regional erzeugtem erneuerbaren Strom in der Nachbarschaft sowie von lokalen Bürger*innenstromprodukten (Lieferung von Strom aus Wind- und Solaranlagen an Verbraucher*innen in unmittelbarer Umgebung). Es muss ein Recht auf Energy Sharing geschaffen werden, damit Direktlieferungen zwischen Teilnehmenden von Erneuerbare Energie-Gemeinschaften möglich werden. Zudem braucht es ein Recht auf den Betrieb gemeinschaftlicher Netze für Erneuerbare Energie-Gemeinschaften. Um den dezentralen Ausbau zu unterstützen, muss ein Bonus für Bürger*innenenergieprojekte auf die Einspeisevergütung oder die Marktprämie nach französischem Vorbild eingeführt werden. Zudem fordern wir die Abschaffung aller regulatorischen Hürden und die Einführung wirksamer Anreize (keine EEG-Umlage, keine Stromsteuer und reduzierte Entgelte) sowie die Gleichstellung von individuellem Eigenverbrauch, gemeinschaftlichem Eigenverbrauch und Mieter*innenstrom. Die Pflicht zur Personenidentität muss aufgehoben werden.

- **Kommunen am Nutzen der naturverträglichen Energiewende beteiligen:** Es braucht eine verpflichtende Regelung, die dafür sorgt, dass die angrenzenden Kommunen stärker von den bei ihnen errichteten Windkraftanlagen profitieren. Diese sollte auch auf bestehende Windenergieanlagen ausgeweitet werden.
- **Bürger*innenenergie breit verankern:** Wir fordern eine kostenfreie Gründungsunterstützung und Weiterbildungen zu dezentralen, naturverträglichen Energielösungen für Menschen in all ihrer Diversität, die bisher nicht Teil der Bürger*innen-Energiebewegung sind. Insbesondere gilt dies für Menschen, die bislang ökonomisch keinen Zugang hatten und für Frauen*.
- **Ökostrom im Einklang mit der Natur ausbauen:** Wir brauchen eine Erhöhung des Ökostromanteils auf mindestens 80 Prozent bis 2030. Das bedeutet pro Jahr einen Zubau von mindestens 7 GW Windenergie an Land und eine Verdoppelung des Zubaus von Photovoltaik auf 10 GW. Zudem müssen wir den Endenergieverbrauch bis 2040 mindestens halbieren. Dazu braucht es neben Suffizienzmaßnahmen eine massive Energieeffizienzoffensive für private Haushalte, Kommunen und Unternehmen, angelehnt an den kostenlosen Stromsparcheck.
- **Einen Ausstiegsplan aus der fossilen Energie vorlegen:** Klimaneutralität bis 2040 bedeutet einen Kohleausstieg bis spätestens 2030 und einen Ausstieg aus fossilem Gas bis 2035. Bei der anstehenden Transformation ist die künftige Bundesregierung den Betroffenen in den Branchen und Regionen Verlässlichkeit und Planbarkeit schuldig. Die Bundesregierung muss daher innerhalb eines Jahres einen Ausstiegsplan aus der fossilen Infrastruktur vorlegen. Atomstromgewinnung ist kein Ersatz für Kohlestrom, sondern eine Gefahr für Mensch und Umwelt, angefangen vom Uranabbau bis zur ungeklärten Endlagerung.



2. Wir fordern nachhaltige Mobilität für alle!

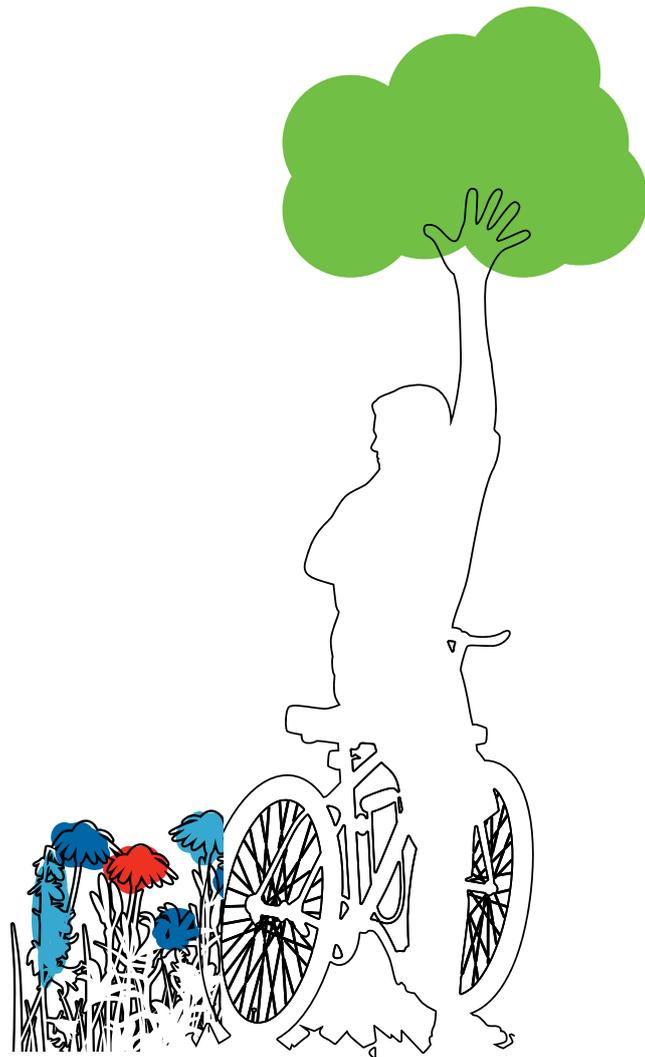
Die sozial- und umweltverträgliche Mobilität muss auf- und ausgebaut werden. Nur so können wir die Abhängigkeit vom Auto durchbrechen.

Unser derzeitiger Verkehr ist geprägt von zu viel klimaschädlichem Individualverkehr. Wem auf dem Land kein Auto zur Verfügung steht, ist oftmals mangels Alternativen abgehängt. Das gilt in hohem Maße für einkommensschwache Haushalte. **Der Verkehrssektor ist der einzige Sektor, der seit 1990 nicht zur Einsparung von Treibhausgasen beigetragen hat.** Die aktuelle Verkehrspolitik belastet Gesundheit und Natur durch Abgase, Flächen- und Ressourcenverbrauch. Statt umweltverträgliche Alternativen auszubauen und einen verlässlichen Übergang für die Beschäftigten der Autoindustrie zu gestalten, bleibt die Verkehrspolitik ausgerichtet auf das Auto – geprägt durch eine übermächtige Autolobby, die weite Teile der Politik wie ein Pilzgeflecht durchzieht. Wir brauchen deshalb einen kompletten politischen Paradigmenwechsel: **Wir wollen nachhaltige Mobilität, umweltfreundlich, ressourceneffizient, leise, barrierefrei und möglichst kostenlos.**

Wir fordern konkret:

- **Einen Boom der umweltverträglichen Mobilität in Städten und Kommunen:** Viele Menschen würden gerne weniger auf das Auto angewiesen sein, doch die Alternativen sind oftmals schlecht ausgebaut. Daher braucht es ein bundesweites Finanzierungsprogramm für den ÖPNV sowie für den Fuß- und Radverkehr. Umweltverträgliche Mobilität muss Vorrang bekommen und gut miteinander vernetzt sein. Städte und Kommunen mit den besten Treibhausgasminderungskonzepten müssen für diese bis zu 80 Prozent Zuschüsse erhalten. Zur Finanzierung müssen Gelder aus dem Fernstraßenbau umgewidmet werden. Der Zugang zum öffentlichen Nahverkehr muss bezahlbar sein: **Daher fordern wir die Einführung eines flächendeckenden 365 Euro Tickets für den ÖPNV. Dies darf zu keiner Kostensteigerung von Sozialtickets führen.**
- **Einen Ausbau der Bahn und den Ausstieg aus Kurzstreckenflügen:** Es braucht eine Verdoppelung des Verkehrsanteils der Schiene bis 2030. Bis dahin müssen Kurzstreckenflüge komplett auf die Schiene verlagert werden.
- **Gemeinwohlorientierte „Mobilitäts-Apps“:** Die Digitalisierung im städtischen Verkehr ist eine Chance und darf nicht großen Konzernen überlassen werden. Die Bundesregierung muss gezielt bundesweite, gemeinwohlorientierte, demokratische und datensparsame Mobilitätsplattformen unterstützen, um den Umweltverbund aus Bahn, ÖPNV und Sharing-Diensten zu stärken. Eine Nutzung des ÖPNV muss barrierefrei auch ohne Smartphone möglich sein.

- **Einen Ausstieg aus dem Fernstraßenbau:** Der Kollaps der Ökosysteme schreitet voran. Um Klimakrise und Artensterben entgegenzuwirken braucht es einen sofortigen Neubaustopp und den Ausstieg aus allen Planungen für Fernstraßenneubauten.
- **Weniger und ressourcenschonende Autos:** Es muss in naher Zukunft deutlich weniger Autos geben. Die verbleibenden Fahrzeuge müssen gleichzeitig kleiner, leichter und energie- und ressourceneffizienter werden, bei Herstellung, Betrieb und Recycling. Grundlage im Fahrzeugbau müssen faire Lieferketten und eine Kreislaufwirtschaft sein. Als Anreiz zum Kauf von klimaschonenden Pkw braucht es ein Bonus-Malus System. Autos mit hohem CO₂-Ausstoß müssen deutlich teurer sein. Die Höhe der Kfz-Steuer muss sich komplett am realen CO₂-Ausstoß des Autos ausrichten.



3. Wir fordern eine soziale und ökologische Agrar- und Ernährungswende!

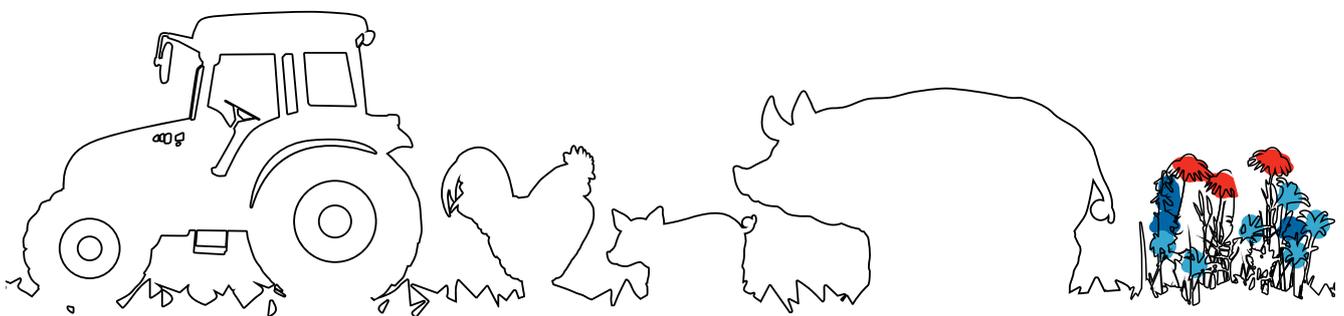
Wir brauchen Ställe, die den Tieren gerecht werden, bunte Äcker ohne Gentechnik, gesunde Nahrung, weniger Fleisch sowie eine faire Bezahlung für Landwirt*innen und in der Landwirtschaft Beschäftigte.

Landwirt*innen müssen ökologisch arbeiten, weil sie ansonsten einer Vielfalt an Lebensräumen, Arten und der natürlichen genetischen Vielfalt schaden. Doch selbst wenn Landwirt*innen im Moment umweltfreundlich arbeiten wollen: Schlechte Marktpreise, die Marktmacht von wenigen Konzernen und die fehlende Umsetzung von bereits bestehendem Ordnungsrecht bringen sie und die Umwelt gleichermaßen in Not. Auch unsere derzeitige Ernährung ist ein Grund, warum der Umbau der Landwirtschaft im Schnecken tempo voranschreitet. An die Landwirt*innen wird gleichzeitig die Erwartung gestellt, umweltfreundlich zu produzieren und zu Billigstpreisen anzubieten. Gleichzeitig können sie nicht auf eine verlässliche Förderung zurückgreifen. Sie sind der Marktmacht des Einzelhandels ausgeliefert und werden von der Politik allein gelassen. Viele von ihnen geben ihre Betriebe auf. Als Folge verlieren die Regionen eine wichtige wirtschaftliche Basis. Zugleich haben schon heute Millionen Menschen nicht die Möglichkeit, sich gesund und umweltfreundlich zu ernähren, beispielsweise, weil die Regelsätze in den Sozialleistungen zu niedrig bemessen sind. Im Rahmen der Agrar- und Ernährungswende muss sozialpolitisch sichergestellt werden, dass alle Menschen in der Lage sind, höhere Preise für Lebensmittel zu zahlen.

Wir fordern konkret:

- **Geld für Umwelt, nicht für Flächenbesitz:** In der nächsten Förderperiode müssen der Ausbau des ökologischen Landbaus und andere Umweltprogramme in der Landwirtschaft finanziell abgesichert werden. Der Bio-Anbau darf nicht durch fehlende staatliche Fördermittel gefährdet werden. Wir brauchen höhere Umwelt- und Tierschutzstandards und eine regionale Lebensmittelverarbeitung und -vermarktung. Die Gelder der EU-Agrarpolitik müssen hauptsächlich für diese Zwecke eingesetzt werden. Wir fordern eine schrittweise Umwidmung aller Agrarsubventionen hin zur Förderung des Beitrags zum Gemeinwohl, wie zum Beispiel durch Umwelt-, Tier- und Klimaschutz.
- **Faire Preise für gute Produkte:** Landwirt*innen brauchen eine faire Bezahlung für ihre Arbeit – unabhängig von der Agrarförderung. Es braucht Preise, die ihr Auskommen sichern und es ihnen ermöglicht, ökologisch zu produzieren.

- **Faire Löhne für gute Arbeit:** Mit dem Verbot von Werkverträgen und der Einschränkung von Leiharbeit hat die Bundesregierung bereits einen ersten Schritt in Richtung Arbeitsschutz für die Beschäftigten im Agrar- und Ernährungssektor getan. Nun müssen weitere Schritte folgen. Wir unterstützen daher Forderungen nach guten Arbeitsbedingungen, fairen Löhnen und allgemeinverbindlichen Tarifverträgen in diesen Branchen.
- **Anhebung von Grundsicherung und Mindestlohn:** Eine nachhaltige Form der Landwirtschaft wird höhere Verbraucher*innenpreise mit sich bringen. Daher fordern wir, die Grundsicherung und andere existenzsichernde Sozialleistungen sowie den Mindestlohn anzuheben, um allen Bevölkerungsgruppen den Kauf von gesunden, gentechnikfreien und nachhaltigen Lebensmitteln zu ermöglichen.
- **Gesunde und umweltfreundliche Ernährung:** Wir fordern staatliche Programme, die eine fleischarme Ernährung unterstützen. Öffentliche Einrichtungen gehen bei regionaler, saisonaler und ökologischer Ernährung beispielhaft voran. Sie sollen weiter verstärkt eine vegetarische, vegane und ökologische Küche mit Fleisch aus artgerechter Tierhaltung anbieten. Das Schul- und Kitaessen muss kostenlos werden. Zudem braucht es ein Verbot irreführender Werbung sowie staatliche Tierhaltungskennzeichen, die Verbraucher*innen helfen, sich nachhaltig zu ernähren. Um die Wahlfreiheit zu sichern, muss auch die neue Gentechnik den EU-Regeln zur Zulassung und Kennzeichnung unterworfen bleiben.



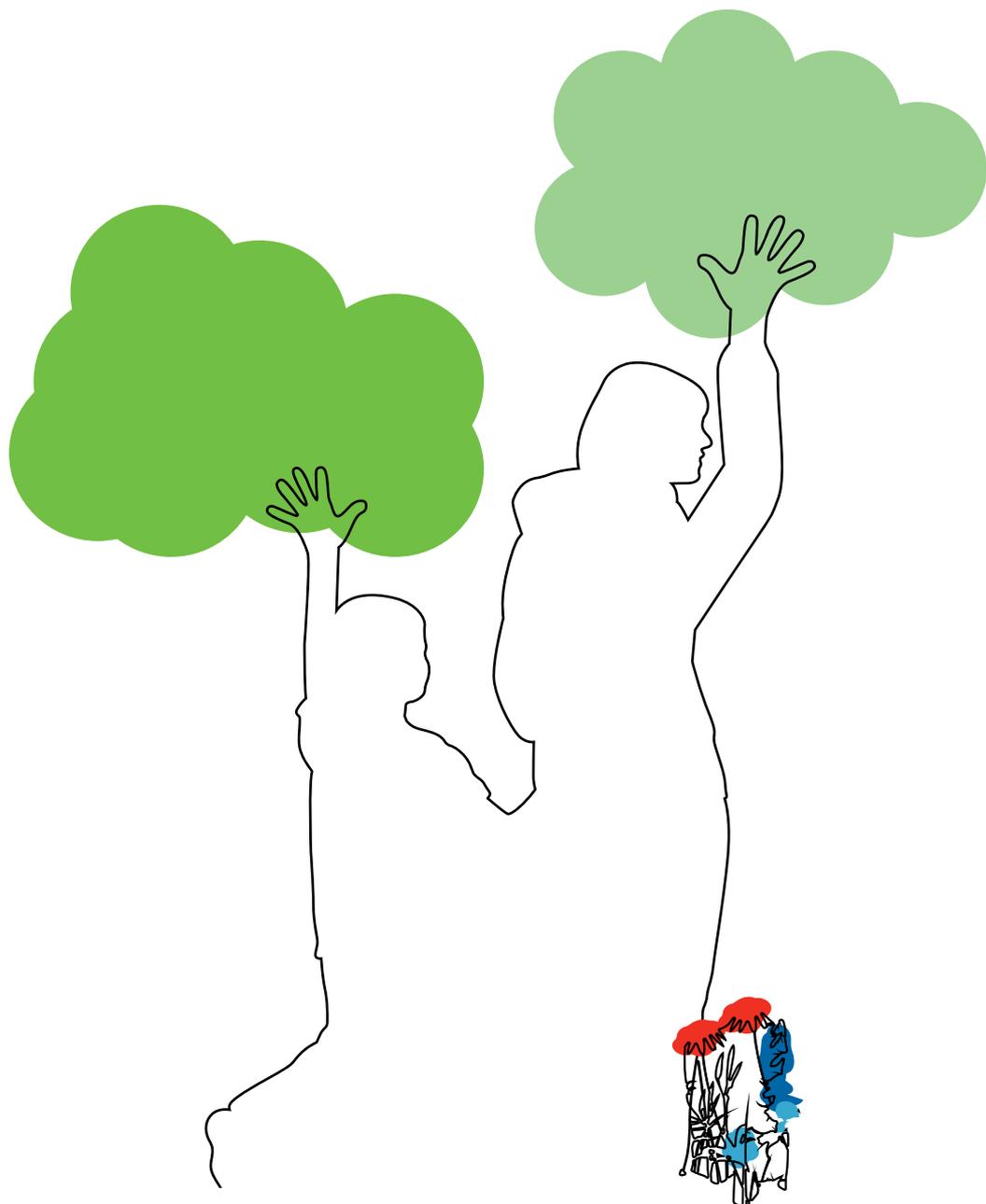
4. Wir fordern soziale Sicherheit für die Transformation!

Wir wollen einen sozial-ökologischen Umbau, der alle mitnimmt und niemanden zurücklässt. Dazu müssen wir Armut abschaffen und soziale Ungleichheit bekämpfen.

Der nötige Umbau zu einer ökologisch nachhaltigen Gesellschaft ist eine sehr große Herausforderung. Er kann nur mit einem starken gesellschaftlichen Zusammenhalt gelingen. Alle Menschen müssen die Sicherheit haben, am gesellschaftlichen Leben teilhaben und in Krisensituationen auf ein stabiles soziales Sicherheitsnetz vertrauen zu können. Ein großer Anteil der Menschen leidet heute durch Niedriglöhne oder unzureichende Sozialleistungen unter mangelnder Teilhabe. Jede*r Fünfte erhält lediglich einen Niedriglohn. Millionen Menschen wird in Hartz IV mit Kontrolle und Sanktionen begegnet, statt mit Vertrauen und Förderung.

Wir fordern konkret:

- **Hartz IV hinter uns lassen:** Wir fordern eine zügige Anhebung des Regelsatzes für alleinlebende Erwachsene auf 644 Euro. Sanktionen müssen vollständig abgeschafft werden. Die neue Bundesregierung muss eine Expert*innenkommission zu der Frage einsetzen: Was braucht ein Mensch zum Leben? Es muss auch mit Sozialleistungen möglich sein, effiziente und energiesparende Geräte anzuschaffen und Ökostrom zu beziehen. Auch deshalb darf „weiße Ware“ (Kühlschrank, Waschmaschine etc.) und Strom nicht mehr im Regelsatz pauschaliert erfasst werden, sondern muss als einmalige Leistung bzw. als Bestandteil der Kosten der Unterkunft gewährt werden.
- **Kindergrundsicherung einführen:** Kinder sind keine kleinen Arbeitslosen. Statt Hartz IV-Leistungen bedarf es für Kinder einer existenzsichernden Kindergrundsicherung. Die Vielzahl von kinderbezogenen Leistungen muss so weit wie möglich in eine integrierte Leistung zusammengefasst werden, die unbürokratisch ausgezahlt wird. Diese Leistung muss allen Kindern und Jugendlichen ein menschenwürdiges Leben erlauben. Mit wachsendem Einkommen der Eltern sollte die Kindergrundsicherung auf einen Mindestbetrag abgeschmolzen werden, der der derzeitigen maximalen Entlastung durch die steuerlichen Kinderfreibeträge entspricht.
- **Prekäre Beschäftigung beenden, Mindestlohn erhöhen:** Um prekäre Beschäftigung einzugrenzen, muss Zeitarbeit auf ihre Kernfunktion zurückgeführt werden, die darin besteht, Auftragsspitzen und Arbeitsausfälle in den Unternehmen abzufangen. Das Prinzip „Gleicher Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen bei gleicher Arbeit“ ist dafür ab dem ersten Einsatztag ohne Ausnahme gesetzlich festzuschreiben. Die sachgrundlose Befristung muss entfallen. Der geltende Mindestlohn in Höhe von aktuell 9,50 Euro ist nicht armutsfest. Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, sollen von ihrer Arbeit im Alter leben können und dürfen nicht auf staatliche Fürsorgeleistungen angewiesen sein. Um das sicherzustellen, muss der Mindestlohn mindestens auf zwölf Euro angehoben werden.



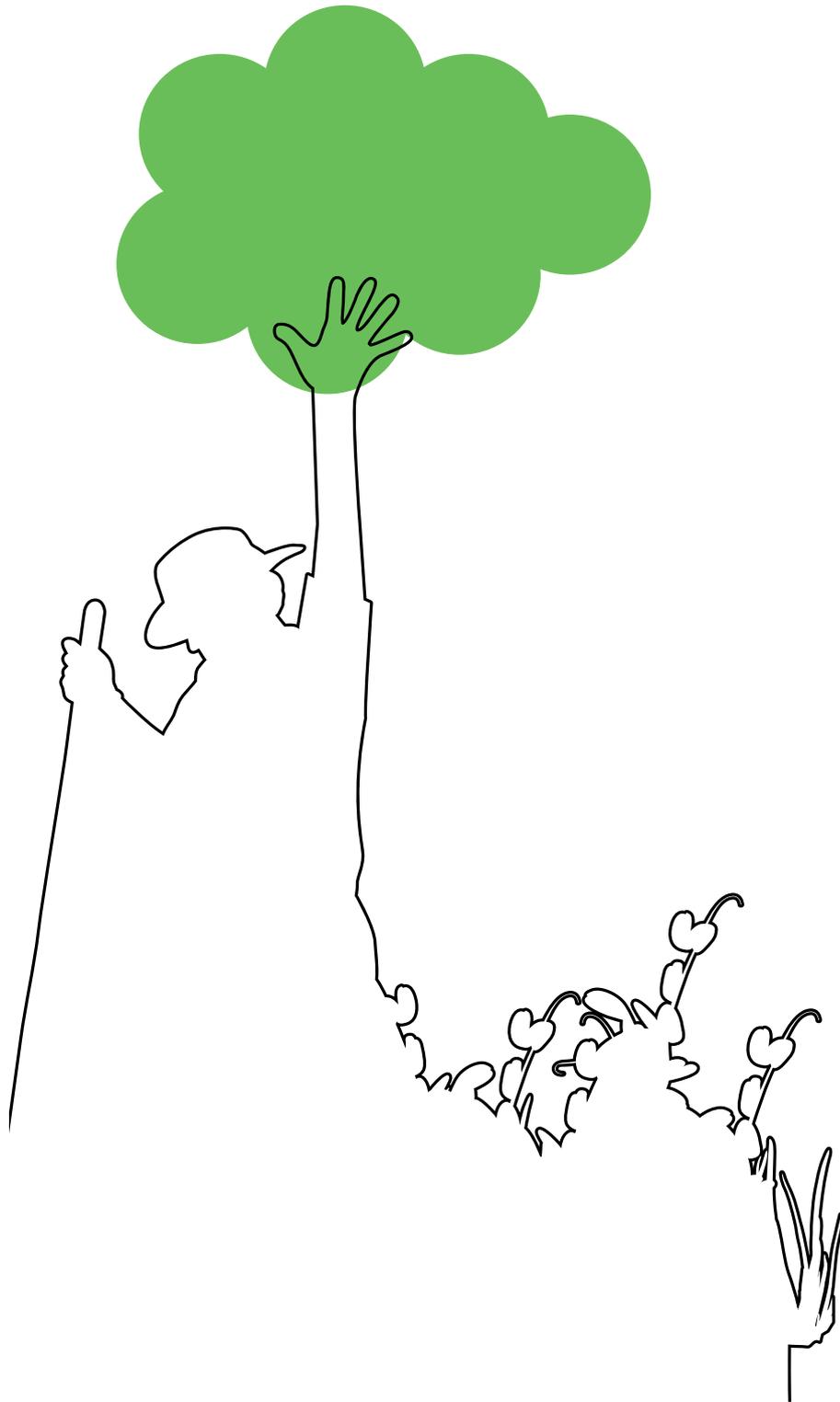
5. Wir fordern einen starken Naturschutz!

Aktiver Naturschutz ist eine zwingende Notwendigkeit zum Schutz unserer Lebensgrundlagen. Die tägliche Zerstörung von natürlichen Lebensräumen muss aufhören. Wir Menschen haben ein Recht auf unzerstörte Natur. Daher fordern wir für ihren Erhalt in Deutschland eine Milliarde Euro mehr im Jahr.

Der Schwund der biologischen Vielfalt ist eine existenzielle Bedrohung für die Menschheit, die politisch jedoch weitestgehend ignoriert wird. Zwar wurde 2007 in Deutschland die „Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt“ verabschiedet, trotzdem schreitet der Verlust von Lebensräumen und Arten ungebrochen in rasantem Tempo voran. Gesetze werden nicht wirksam umgesetzt, die Finanzierung für aktiven Naturschutz ist zu gering und die Zerstörung von Lebensräumen ist immer noch an der Tagesordnung. Aktiver Naturschutz ist eine zwingende Notwendigkeit zum Erhalt unserer Lebensgrundlagen. Darüber hinaus kann aktiver Naturschutz auch weitere wertvolle Beiträge für die Menschen liefern. Gerade in Zeiten der Pandemie haben wir erlebt, wie wichtig eine intakte Natur ist: wegen ihrer Gesundheitseffekte und als Naherholungsort für die Menschen.

Wir fordern konkret:

- **Eine Milliarde Euro für Biologische Vielfalt:** Bundesregierung und Bundesländer unterstützen bereits Menschen finanziell, die naturverträglich wirtschaften und bedrohte Natur erhalten wollen. Das entsprechende gemeinsame Programm hat jedoch zu wenig Geld, um die naturfreundliche Nutzung ausreichend zu fördern und Schäden an der Natur zu reparieren. Daher fordern wir die Mittel ab 2022 auf eine Milliarde Euro pro Jahr zu vervielfachen.
- **Sofortprogramm für besonders bedrohte Arten:** Einzelne Arten wie Feldhamster, Rebhuhn, Luchs oder viele Insektenarten sind durch eine schädliche Bewirtschaftung und die fehlende Verbindung von Lebensräumen bedroht. Diese Arten dienen uns jedoch als Frühwarnsystem. Geht es ihnen gut, geht es auch der Natur gut. Daher braucht es Soforthilfen für die Artenvielfalt. Wir fordern Artenhilfsprogramme von Bund und Ländern für Insekten und besonders bedrohte Arten.
- **Schutzgebiete für die Natur.** Wir fordern bis 2025 auf mindestens 30 Prozent der Landesfläche und auf mehr als 30 Prozent der Meeresfläche gut funktionierende, wirkungsstarke und vernetzte Schutzgebiete. Zehn Prozent der Fläche Deutschlands muss zu grünen Korridoren zwischen den Schutzgebieten werden. Nur so können wir die einzelnen Lebensräume miteinander verbinden und dem Verlust von Lebensräumen und Arten entgegenwirken.



6. Wir fordern weniger Ressourcenverbrauch und eine gerechtere Gesellschaft!

Die Menschheit lebt über ihre Verhältnisse – wir müssen deutlich weniger Ressourcen verbrauchen. Gleichzeitig streiten wir für ein gutes Leben für alle: Dafür müssen wir unseren Wohlstand und die Kosten für den ökologischen Umbau gerecht verteilen.

Hitzesommer und Artenschwund, Kinderarmut und Pflegenotstand, erodierende Böden und prekäre Arbeitsbedingungen: Unser Wirtschaftssystem hat die globalen ökologischen Grenzen überschritten und führt zugleich zu immer massiveren sozialen Verwerfungen. In Deutschland liegt der Ressourcenverbrauch über dem, was uns durch die Natur zur Verfügung steht. Wir müssen deutlich weniger Ressourcen verbrauchen. Dies betrifft vor allem einkommensstarke Bevölkerungsgruppen, da die Nutzung von Ressourcen proportional zum Einkommen steigt. Gleichzeitig müssen wir unseren Wohlstand und die Kosten für die ökologische und soziale Infrastruktur gerecht verteilen. Wir wollen einen gesellschaftlichen Umbau einleiten, der gleichzeitig die ökologischen Krisen angeht, weniger Ressourcen nutzt und mehr soziale Gerechtigkeit schafft.

Wir fordern konkret:

- **Weniger Ressourcenverbrauch, gerechter verteilt:** Eine hohe Ressourcennutzung muss teurer werden. Als ersten Schritt fordern wir daher die Einführung einer Primärbaustoff- sowie einer Materialinputsteuer. Der Zugang zu Ressourcen muss so gestaltet sein, dass alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Mit den Einnahmen aus diesen Steuern muss ein sozialer Ausgleich erfolgen.
- **Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer und Finanztransaktionssteuer erheben:** Die Staatsschulden wachsen im Zuge der Corona-Pandemie rasant an. Gleichzeitig ist der Investitionsbedarf für den ökologischen Umbau, in die soziale Infrastruktur und in den sozialen Zusammenhalt massiv. Für eine Aufschiebung dieser Investitionen fehlt uns die Zeit. Daher fordern wir eine umfassende Finanztransaktionssteuer, die Wiedererhebung der Vermögenssteuer und eine effektive Erbschaftssteuer, so dass die Kosten des sozial-ökologischen Umbaus von der Gesellschaft sozial gerecht nach den jeweiligen Möglichkeiten getragen werden.
- **Hoher CO₂-Preis mit Pro-Kopf-Auszahlung:** Wir fordern eine deutliche Anhebung des Preises für CO₂-Emissionen auf mindestens 50 Euro pro Tonne innerhalb des ersten Jahres. Der Preis für CO₂-Emissionen soll während der nächsten Legislaturperiode stetig steigen um 15 €/t pro Jahr. Der notwendige soziale Ausgleich dieses CO₂-Preises soll über einen Ökobonus erreicht werden, durch den das gewonnene Steueraufkommen vollständig an die Bürger*innen zurückgegeben wird.

- **Ein Recht auf Reparatur:** Wir fordern ein herstellerunabhängiges Recht auf Reparatur und einen Reparaturindex. Jedes neuproduzierte Produkt muss verpflichtend reparierbar sein. Reparaturen müssen substanziell günstiger sein als Neuanschaffungen, daher fordern wir eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Reparaturdienstleistungen von 19 auf sieben Prozent.
- **Transformationsfonds statt Umweltschäden:** Jedes Jahr gibt der Staat Milliarden Euro für umweltschädliche Subventionen aus, wie zum Beispiel für die steuerliche Privilegierung von Diesel-Kraftstoff. Die neue Bundesregierung muss in den ersten 100 Tagen alle umweltschädlichen Subventionen transparent machen und einen Plan vorlegen, bis wann sie welche umweltschädlichen Subventionen abbaut. Die Einsparungen dieser Subventionen sollen für den Aufbau eines Transformationsfonds verwendet werden, der unter anderem Weiterbildungskosten für von der Transformation betroffene Beschäftigte finanzieren soll.



7. Wohnen und Boden in Gemeinschaftshand!

Wohnen ist ein Menschenrecht, Böden ein Gemeingut, die ökologische Modernisierung von Gebäuden längst überfällig. Wir fordern gutes Wohnen für alle und eine grüne Infrastruktur aus Parks und Naturflächen für den Erhalt der Biologischen Vielfalt, für ein gutes Stadtklima, für Gesundheit und Erholung.

Hohe Mieten belasten vielen Menschen während der Corona-Pandemie ganz besonders – aber auch nach dieser Krise bleibt Wohnen eine der zentralen sozialen und ökologischen Fragen unserer Zeit. Dabei bietet die Erhöhung der öffentlichen Investitionen in diesem Bereich zahlreiche Chancen: Die Gelder müssen einerseits genutzt werden, um für alle Menschen ein gutes und gesundes Wohnumfeld zu schaffen, umgeben von grünen Freiräumen, die Orte der Begegnung sind und gleichzeitig Lebensräume für Tiere und Pflanzen bieten. Zudem mindert Stadtnatur auch die Folgen der Klimaerhitzung. Andererseits beleben die Gelder die Konjunktur, mit großen sozialen Effekten und für den Schutz von Mieter*innen. Diese Investitionen müssen einhergehen mit einer Neuausrichtung in der Bodenpolitik. Denn Boden ist ein Gemeingut und keine beliebige Ware. Für das Gemeinwohl muss der Markt begrenzt werden. Bei Bauprojekten muss ein Schwerpunkt auf dem sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau liegen und sichergestellt werden, dass der dabei entstehende Flächen-, Ressourcen- und Energieverbrauch möglichst gering ist. Das Ziel der Bundesregierung, den Flächenverbrauch bis 2030 auf 30 Hektar pro Tag und bis 2050 auf Null Hektar pro Tag zu reduzieren, ist hierfür noch nicht ehrgeizig genug. Auch fordern wir ein Programm und Stufenpläne für eine sozial-ökologische Gebäudemodernisierung, um einen sozialen Klimaschutz auch in Mietwohnungen auf den Weg zu bringen.

Wir fordern konkret:

- **Ökologisch und sozial gerecht – Tempo bei der Modernisierung im Gebäudesektor:** Die Bundesregierung muss innerhalb eines Jahres eine integrale, langfristige, bundesweite Modernisierungsstrategie für Gebäude sowie eine an das Pariser Klimaschutzabkommen angepasste Überarbeitung des Gebäudeenergiegesetzes vorlegen. Auch die Graue Energie von Bauprodukten und die Lebenszyklusbetrachtung von Gebäuden muss darin berücksichtigt werden. Die Kosten für energetische Modernisierung müssen fair verteilt werden. Dafür braucht es rechtliche Änderungen für eine wärmietneutrale Gebäudemodernisierung. Hierzu ist die Kostenumlage bei Modernisierungen im Mietrecht anzupassen, sind Förderprogramme am Ziel des klimaneutralen Gebäudebestandes auszurichten sowie staatliche Hilfsangebote für Härtefälle zu entwickeln.

- Soziales und gemeinnütziges Wohnen fördern: Staatliche finanzielle Förderung muss sich auf den sozialen Wohnungsbau und auf gemeinnütziges Bauen fokussieren. Wir fordern die Einführung einer Wohnungsgemeinnützigkeit, um die Steuerfähigkeit für den Wohnungsmarkt zu erhöhen. Sozialbindungen gelten derzeit nur zeitlich befristet (je nach Förderung zwischen 15 und 20 Jahren). Danach werden diese Wohnungen wie ganz normale, frei finanzierte Mietwohnungen behandelt. Darüber hinaus werden im Moment zu wenig neue Sozialwohnungen geschaffen. Der Bestand an Sozialwohnungen ist seit Jahren rückläufig, von über zwei Millionen Wohnungen in 2006 auf zuletzt nur noch 1,13 Millionen. Zur nachhaltigen Sicherung von Sozialwohnungen muss das dauerhafte Bestehen von Sozialbindungen und der Rückkauf von ausgelaufenen Bindungen ermöglicht werden. Mit dem Ziel einer sozial integrierten Stadt müssen bis 2030 rund 160.000 Wohneinheiten mit Sozialbindung pro Jahr zusätzlich geschaffen werden, um den Bedarf zu decken.
- Mietpreise wirksam eindämmen: Um den Anstieg der Mieten bei Abschluss eines neuen Mietvertrages wirkungsvoll einzudämmen, ist die Mietpreisbremse zu reformieren. Es müssen kollektive Mieterrechte (Verbandsklagerecht) eingeführt, Ausnahmen abgeschafft, ein Verstoß gegen die Mietpreisbremse als Ordnungswidrigkeit deklariert und §5 des Wirtschaftsstrafgesetzes praxistauglich reformiert werden. Die Mietpreisbremse muss bundesweit flächendeckend und zeitlich unbefristet gelten. Mieterhöhungen in bestehenden Mietverhältnissen sind auf den Ausgleich allgemeiner Preissteigerungen zu begrenzen – höchstens jedoch auf eine Erhöhung bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete um maximal zehn Prozent innerhalb von drei Jahren und in Regionen mit angespannten Wohnungsmärkten auf maximal sechs Prozent in drei Jahren.
- Umlage des CO₂-Preises auf Mieter*innen stoppen: Vermieter*innen müssen einen Anreiz bekommen, ihre Heizungsanlagen auf klimafreundliche Energieträger umzustellen. Mieter*innen haben keinerlei Einfluss auf die Wahl des Heizungssystems und den energetischen Zustand des Gebäudes. Daher muss die Umlage der CO₂-Bepreisung vollständig von den Vermieter*innen getragen werden. Mieter*innen dürfen durch die CO₂-Bepreisung keine zusätzliche Belastung erfahren.
- Für eine starke Stadtnatur und einen Neustart in der Bodenpolitik: Die Belange von Natur und Umwelt müssen bei Bebauungsplänen gestärkt werden. Es braucht einen Neustart in der Bodenpolitik, der ökologisch und sozial gerecht ist sowie gesetzliche Schranken für Bautätigkeiten im Bundesnaturschutzgesetz und der Landesplanung. Dazu zählt die Abschaffung der Paragraphen 13a und 13b im Baugesetzbuch. Wir fordern zudem von einer neuen Bundesregierung, innerhalb der ersten 100 Tage eine Boden-Kommission einzurichten. Diese Kommission muss Antworten für eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik erarbeiten. Unter anderem muss das kommunale Vorkaufsrecht weiter gestärkt, die Sozialpflichtigkeit des (Boden-) Eigentums im Städtebaurecht gestärkt und die Ausübung des Erbbaurechts erleichtert werden.

8. Wir fordern eine gute Pflege und Gesundheitsversorgung für alle!

Eine gleichberechtigt gute Pflege und Gesundheitsversorgung, unabhängig vom eigenen Geldbeutel, ist für eine zukunftsfähige und nachhaltige Gesellschaft elementar.

Die Corona-Pandemie hat die Krise der Sorgearbeit und insbesondere die Bedeutung einer guten Pflege und Gesundheitsversorgung drastisch vor Augen geführt. Doch es läuft einiges schief: Während Pflegekonzerne erhebliche Renditen erwirtschaften, führt die Pflegebedürftigkeit viele Menschen direkt in die Armut. Im Durchschnitt fallen rund 2000 Euro pro Monat für die Betreuung und Pflege in einem Heim an, die von den Pflegebedürftigen selbst getragen werden müssen. Die Rente reicht meist nicht, um die eigene Pflege zu finanzieren. Pflege muss deshalb solidarisch finanziert werden. Zusätzlich müssen Menschen, die Angehörige, Freund*innen oder Nachbar*innen pflegen, finanziell unterstützt werden. Die Gesundheitsversorgung ist durch Marktanreize löchrig geworden und vielfach entscheidet der Geldbeutel über die Qualität der Behandlung. Wir sagen: Eine Mehr-Klassen-Medizin darf es nicht geben.

Wir fordern konkret:

- **Pflege solidarisch finanzieren:** Um Pflegebedürftige vor Armut zu schützen, muss die Pflegeversicherung zu einer einheitlichen, solidarischen Vollkaskoversicherung ausgebaut werden. Übergangsweise muss kurzfristig der Eigenanteil bei den pflegebedingten Kosten bei 15 Prozent gedeckelt werden (ambulant und stationär).
- **Mehr Personal in der Pflege gesetzlich verankern:** Wir fordern ein bundesgesetzlich festgelegtes Verfahren zur Personalbemessung für die ambulante und stationäre Pflege. Dabei muss dringend hinreichend Zeit für Pflegebedürftige beschlossen werden. Die Landesrahmenverträge müssen die quantitative und qualitative Personalausstattung berücksichtigen, die für die gesetzlich und fachlich vorgesehenen Aufgaben erforderlich sind. Das gilt auch für die Pflegesatz- bzw. Vergütungsverhandlungen. Die Refinanzierung dieser personellen Ressourcen muss gesichert sein.
- **Gute Gesundheitsversorgung für alle:** Um Gesundheit als Menschenrecht zu realisieren, bedarf es einer allgemeinen Gesundheitsabsicherung für alle (Universal Health Coverage). Wir setzen uns deshalb für eine soziale und solidarische Bürgerversicherung als Pflichtversicherung für alle ein.
- **Pflegende Angehörige unterstützen:** Wir fordern ein Pflegegeld als bezahlte Auszeit für Menschen, die Angehörige, Freund*innen oder Nachbar*innen pflegen – nach dem Vorbild von Elternzeit und Elterngeld.



9. Wir fordern internationale Solidarität und die Einhaltung von Menschenrechten!

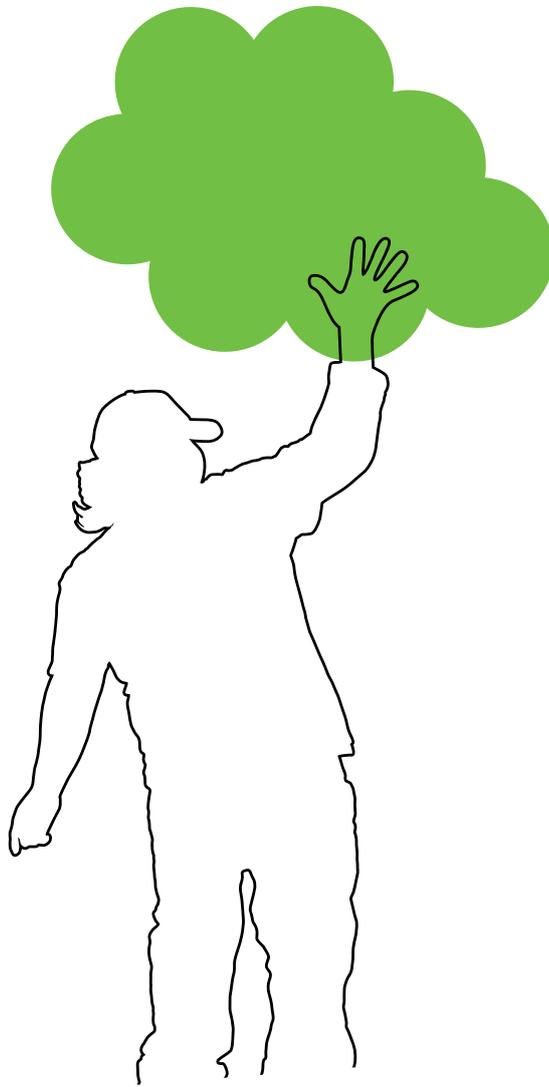
Deutschland und die EU müssen sich international solidarisch verhalten – sowohl in der Bekämpfung der ökologischen Krisen als auch im Umgang mit deren Folgen.

Die Auswirkungen der ökologischen Krisen, insbesondere der Klimakrise, zeigen sich am deutlichsten im globalen Süden, wo Menschen besonders unter Dürren, Überschwemmungen und anderen Extremwetterereignissen leiden. Es sind allerdings die Länder und Unternehmen des globalen Nordens, die mit ihren Produktions- und Lebensweisen hauptverantwortlich sind für diese Krisen. Bislang tragen sie dieser Verantwortung nicht angemessen Rechnung. Mehr noch: Sie schotten sich zunehmend ab. An den europäischen Außengrenzen kommt es immer wieder zu völker- und menschenrechtswidrigen Pushbacks (Zurückschiebungen) von Migrant*innen. Eine staatliche europäische Seenotrettung gibt es nicht (mehr), zivile Seenotrettungsorganisationen werden kriminalisiert und an ihrer Arbeit gehindert. Es besteht die Gefahr, dass individuelle und faire Asylverfahren innerhalb der EU zunehmend zugunsten von Schnellverfahren an den Außengrenzen verdrängt werden – mit haftähnlicher Unterbringung und unklarem Zugang zu Rechtsberatung und Rechtsschutz.

Wir fordern konkret:

- **Menschen in Seenot retten und das Recht auf individuelles Asyl sicherstellen:** Wir fordern die Einführung einer europäischen Seenotrettung. Die Pläne der EU-Kommission und zahlreicher Mitgliedstaaten (darunter Deutschland), in großem Stil Asylverfahren an den europäischen Außengrenzen durchzuführen und das Konzept sicherer Drittstaaten und Herkunftsstaaten auszuweiten, müssen gestoppt werden. Stattdessen müssen Schutzsuchende unter Berücksichtigung ihrer Interessen schnell von den EU-Außengrenzen auf die EU-Mitgliedstaaten umverteilt werden. Darüber hinaus bedarf es des massiven Ausbaus legaler Zugangswege für Schutzsuchende und sonstige Migrant*innen.
- **Koalitionsvertrag am 1,5°-Ziel von Paris ausrichten:** Die neue Bundesregierung muss globale und generationsübergreifende Klimaverantwortung übernehmen: Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist diesbezüglich eindeutig. Wir fordern die neue Bundesregierung daher auf, ihren Koalitionsvertrag am 1,5°-Ziel des Pariser Klimaabkommens auszurichten. Zu Beginn der neuen Legislaturperiode müssen die Maßnahmen des Koalitionsvertrags durch ein externes wissenschaftliches Gutachten daraufhin überprüft werden.

- **Klimagerechtigkeit als Schwerpunkt deutscher Außenpolitik festlegen:** Klimagerechtigkeit muss zum Schwerpunkt deutscher Außenpolitik werden. Deutschland muss einen fairen Beitrag zur Erreichung des 1,5°-Ziels des Pariser Klimaabkommens leisten. Dies umfasst eine ökologisch verträgliche Handelspolitik sowie eine Verdoppelung der Finanzierungszusagen für Klimaschutz, Anpassung sowie klimabedingte Verluste und Schäden. Schulden armer und zugleich besonders vom Klimawandel betroffener Länder muss Deutschland vollständig erlassen. Beim deutschen G7-Vorsitz im Jahr 2022 müssen Klimakrise und Biodiversitätskrise oberste Priorität erhalten.
- **Eine UN Konvention für ein nachhaltiges Chemikalien-, Abfall- und Stoffstrommanagement:** Wird fordern von der neuen Bundesregierung, dass sie sich für eine UN-Konvention für ein nachhaltiges Chemikalien-, Abfall- und Stoffstrommanagement einsetzt. Diese Konvention muss das Ziel verfolgen, die Gefährdung von Mensch und Umwelt durch gefährliche Stoffe zu beenden und den Verbrauch von Chemikalien und Ressourcen deutlich zu verringern. Dafür braucht es ein absolutes und verbindliches Reduktionsziel. Zum Aufbau von dringend benötigten Kapazitäten für ein nachhaltiges Chemikalien- und Abfallmanagement im globalen Süden müssen die Hersteller von Grundchemikalien zu einer Abgabe von 0,5 Prozent ihrer Jahresumsätze verpflichtet werden. Als einer der größten Hersteller von Chemikalien und Verbraucher metallischer Rohstoffe steht Deutschland hier in besonderer Verantwortung.



Impressum

Herausgeber:

*Bund für Umwelt
und Naturschutz
Deutschland e. V. (BUND),
Friends of the Earth Germany,
Kaiserin-Augusta-Allee 5,
10553 Berlin*

Telefon: 030/2 75 86-40

Telefax: 030/2 75 86-440

Mail: info@bund.net

www.bund.net

Redaktion:

*„Bund für Umwelt und
Naturschutz Deutschland und
Paritätischer Gesamtverband“*

Lektorat:

Almut Gaude

V. i. S. d. P.:

Petra Kirberger

Grafiken:

dieProjektoren

Produktion:

Natur & Umwelt GmbH

Mai 2021